

Telefon: 089/233 - 67853

**Personal- und
Organisationsreferat**
P3 - Organisation

Telefon: 089/233 - 92865

Stadtkämmerei
SKA 2

Umsetzung des Sicherheitspakets Haushalt 2020 vom 13.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Baureferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00059 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkung des Stellenstopps in der Stadtkämmerei darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00060 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkung des Stellenstopps im Planungsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A00061 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Kreisverwaltungsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00079 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Bildung und Sport darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A00080 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Arbeit und Wirtschaft darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00081 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Personal- und Organisationsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00082 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Gesundheit und Umwelt darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00083 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im IT – Referat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00085 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Sozialreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00084 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Kommunalreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00086 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen der Haushaltskürzungen in der Stadtkämmerei darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00130 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 15.06.2020

Auswirkungen der Haushaltskürzungen im KVR darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00131 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 16.06.2020

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00639

3 Anlagen

Beschluss der Vollversammlung vom 22.07.2020
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Anlass dieser Beschlussvorlage ist die Corona-Pandemie und deren Auswirkung auf den Haushalt 2020 sowie die Umsetzung des Sicherheitspakets Haushalt 2020 vom 13.05.2020.
Inhalt	In der Beschlussvorlage werden die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie dargestellt. Darüber hinaus wird die Umsetzung der konkreten Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2020 vorgeschlagen. Abschließend wird noch kurz auf die möglichen Auswirkungen in den Folgejahren hingewiesen.
Gesamtkosten / Gesamterlöse	- / -
Entscheidungs- vorschlag	Zustimmung zur Umsetzung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	Sicherheitspaket Haushalt 2020 Corona-Pandemie
Ortsangabe	- / -

Telefon: 089/233 - 67853

**Personal- und
Organisationsreferat**
P3 – Organisation

Telefon: 089/233 - 92865

Stadtkämmerei
SKA 2

Umsetzung des Sicherheitspakets Haushalt 2020 vom 13.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Baureferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00059 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkung des Stellenstopps in der Stadtkämmerei darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00060 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkung des Stellenstopps im Planungsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A00061 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 25.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Kreisverwaltungsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00079 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Bildung und Sport darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A00080 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Arbeit und Wirtschaft darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00081 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Personal- und Organisationsreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00082 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Referat für Gesundheit und Umwelt darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00083 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im IT – Referat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00085 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Sozialreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00084 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen des Stellenstopps im Kommunalreferat darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00086 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 28.05.2020

Auswirkungen der Haushaltskürzungen in der Stadtkämmerei darstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00130 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 15.06.2020

Auswirkungen der Haushaltskürzungen im KVR darstellen
Antrag Nr. 20-26 / A 00131 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 16.06.2020

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00639

3 Anlagen

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 22.07.2020 Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis		Seite
I.	Vortrag der Referenten	5
1.	Anlass	5
1.1	Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie und aktuelle Entwicklung	5
1.1.1	Szenarien vom 13.05.2020	5
1.1.2	Aktuelle Entwicklung	6
1.1.3	Auswirkungen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets und des Zukunftspakets der Bundesregierung auf die Finanzlage der Landeshauptstadt München	7
2.	Haushaltssicherung 2020	8
2.1	Konsumtive Haushaltsbeschränkungen	9
2.1.1	Personal	9
2.1.1.1	Stellenbesetzungsstopp der noch unbesetzten Stellen aus den vergangenen Eckdatenbeschlüssen	9
2.1.1.2	Schwerpunktsetzung der Referate	9
2.1.1.3	Auswirkungen des Stellenbesetzungsstopps	10
2.1.1.4	Umsetzung im Nachtrag 2020	11
2.1.2	Sachmittelbeschränkungen	11
2.1.2.1	Vorgaben und Übersicht	11
2.1.2.2	Einsparungen je Referat	12
2.2	Investitionen	15
3.	Vorschlag des Personal- und Organisationsreferates zur 20 %igen Schwer- punktsetzung	16
4.	Ausblick	17
II.	Antrag der Referenten	19
III.	Beschluss	19

I. Vortrag der Referenten

1. Anlass

Im Rahmen der Beschlussfassung „Sicherheitspaket Haushalt 2020“ hat die Vollversammlung des Stadtrats beschlossen, dass die Umsetzung der in dem Paket genannten Maßnahmen dem Stadtrat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Darüber hinaus hat die Stadtratsfraktion „Die LINKE. / Die PARTEI“ Anträge zur Darstellung der Auswirkungen der Maßnahmen gestellt.

1.1 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie und aktuelle Entwicklung

Im Rahmen der Beschlussvorlage „Sicherheitspaket 2020“ vom 13.05.20 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/ V 00225) wurden verschiedene finanzielle Szenarien mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie dargestellt. Im Folgenden wird einerseits nochmals auf diese Szenarien und die aktuellste Entwicklung eingegangen und andererseits eine erste Einschätzung zu den Auswirkungen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets und des Zukunftspakets der Bundesregierung auf die Finanzlage der Landeshauptstadt München dargestellt.

1.1.1 Szenarien vom 13.05.2020

1. Base-Case-Szenario

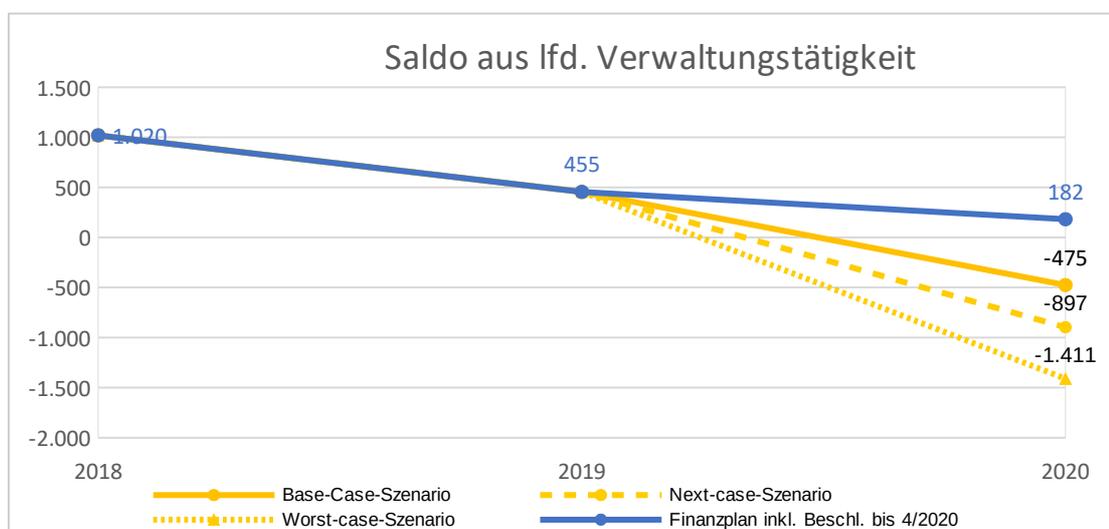
In dem bereits in der Beschlussvorlage vom 13.05.20 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/ V 00225) dargestellten Base-Case-Szenario wurde von einem Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen um 20 % und beim Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer um 10 % sowie einem BIP-Rückgang von ca. 5 % in diesem Jahr ausgegangen. Damit errechnete sich für die Landeshauptstadt München alleine bei den Steuern ein Einnahmeverlust von rd. 662 Mio. € und damit – unter Berücksichtigung von voraussichtlichen Gebühreneinnahmeausfällen (- 33 Mio. €) und einer reduzierten Gewerbesteuerumlage von 38 Mio. € – ein Saldo in der laufenden Verwaltungstätigkeit von bereits minus 475 Mio. €.

2. Next-Case-Szenario

Dieses Szenario ging von einem Rückgang bei der Gewerbesteuer von 1 Mrd. € und beim Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer in Höhe von 150 Mio. € aus. Zugrunde gelegt ist dabei ein BIP-Rückgang von > 10 %. Folglich ergibt sich für die Landeshauptstadt München ein Einnahmeverlust bei den Steuern von rd. 1,15 Mrd. €. Unter Berücksichtigung einer reduzierten Gewerbesteuerumlage von 71 Mio. €, errechnet sich bei der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Ergebnis von minus 897 Mio. €.

3. Worst-Case-Szenario

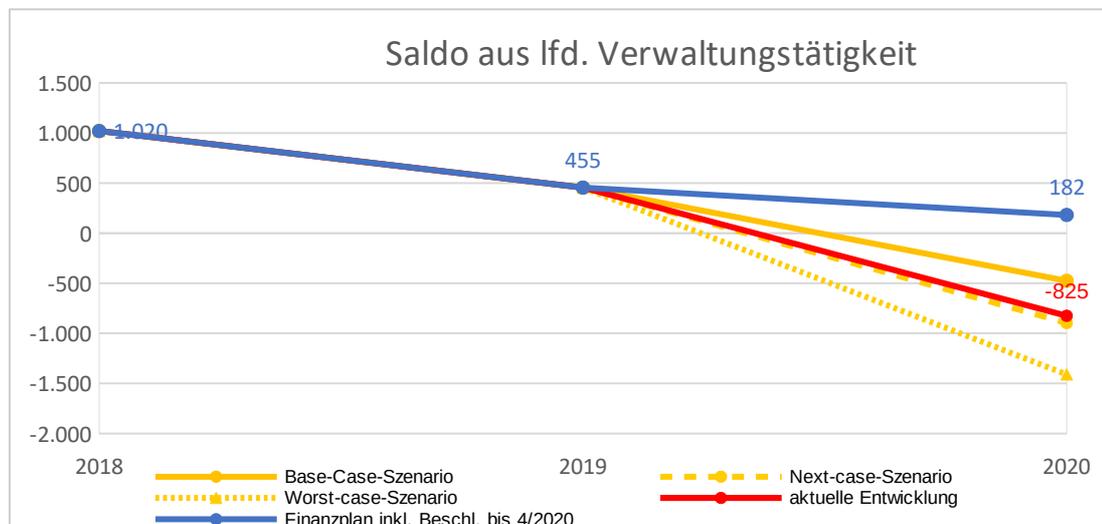
Dieses Szenario ging von einem Rückgang bei der Gewerbesteuer von bis zu 1,5 Mrd. € und gleichzeitig rückläufigen Einzahlungen beim Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer von 200 Mio. € bis zum Jahresende aus. Hierbei ist zugrunde gelegt ein BIP-Rückgang von ca. 20 %¹. Die geringeren Steuereinnahmen in Höhe von 1,7 Mrd. € führen unter Berücksichtigung einer geringeren Gewerbesteuerumlage (107 Mio. €) zu einem Saldo von minus 1,41 Mrd. € bei der laufenden Verwaltungstätigkeit



1.1.2 Aktuelle Entwicklung

Die folgende Grafik zeigt die aktuelle Entwicklung unter Berücksichtigung der neuesten Steuerprognosen auf. Während bei der Gewerbesteuer mit einem Einbruch von 740 Mio. € gerechnet wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 190 Mio. € geringeren Einnahmen gerechnet werden. Darüber hinaus führen Gebühreneinnahmeausfälle und coronabedingte Mehrausgaben zur Stabilisierung von diversen kommunalen Betrieben oder Reduzierungen beim Familienleistungsausgleich und Anpassungen bei der Umsatzsteuer sowie Stundungen gegenüber Dritten und weitere Finanzierungsbeschlüsse (einschl. 06/2020) zu einem **prognostizierten negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 825 Mio. €**. Diese Entwicklung nähert sich somit dem am 13.05.20 dargestellten Next-Case-Szenario, welches seitens der Stadtkämmerei als mittlere Variante berechnet wurde, an.

¹ <https://makronom.de/coronakrise-rezession-kommunalfinanzen-krisenmanager-in-not-35425>

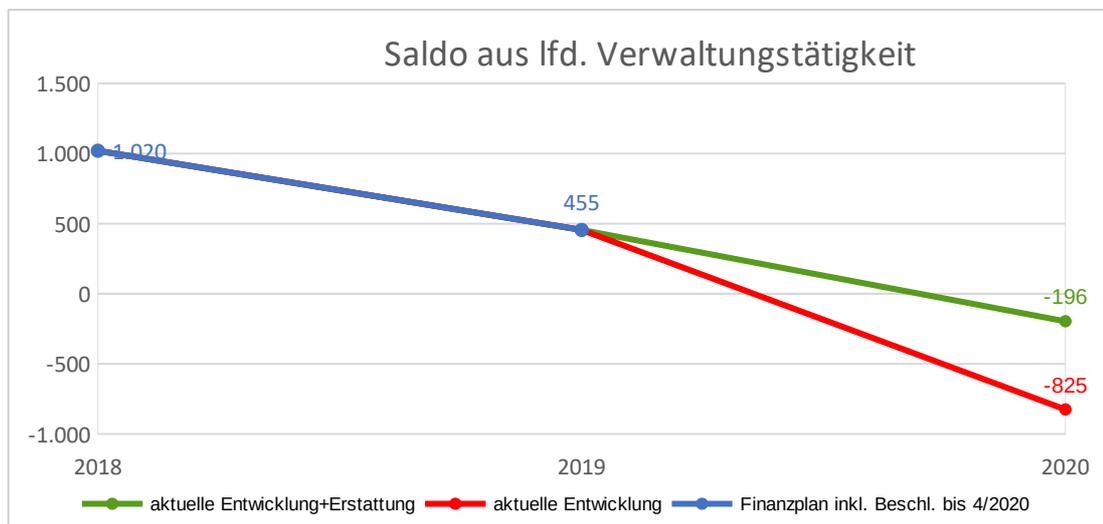


1.1.3 Auswirkungen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets und des Zukunftspakets der Bundesregierung auf die Finanzlage der Landeshauptstadt München

Wie bereits in der Beschlussvorlage „Erste Einschätzungen zu den Auswirkungen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets und des Zukunftspakets der Bundesregierung auf die Finanzlage der Landeshauptstadt München“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/ V 00659) vom 17.06.20 ausgeführt, kommt der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle und der Erhöhung bei der Beteiligung der „Kosten der Unterkunft (KdU)“ die finanziell größte Bedeutung zu. Während die KdU-Entlastung etwa mit 71 Mio. € in 2020 beziffert werden kann, können die Gewerbesteuerersatzleistungen zum jetzigen Zeitpunkt nur prognostiziert werden, da deren Höhe in Abhängigkeit des Verteilmechanismus steht. Dieser ist nach wie vor nicht bekannt und kann von Bundesland zu Bundesland variieren. Zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung lagen der Stadtkämmerei noch keine weiteren Erkenntnisse zu dem in Bayern geplanten Verteilungsmodell vor. Ersatzweise wurde für die folgende Kalkulation der Anteil der Landeshauptstadt München am Gesamtgewerbesteuerertrag der letzten 3 Jahre berechnet (durchschnittlich gut 25%). Dieser Anteil wiederum wurde auf den Gesamtverteilungsbetrag in Bayern (2.398 Mio. €) bezogen. Damit ergibt sich rein rechnerisch eine Gewerbesteuerersatzleistung in Höhe von etwa 600 Mio. €. Am 22.07.2020 ist ein Spitzengespräch zwischen dem Ministerium und den Kommunalen Spitzenverbänden zum Verteilmechanismus gegeben. Sollte es, wider erwarten, zwischenzeitlich diesbezüglich eine Entscheidung geben oder neue Erkenntnisse vorliegen, wird in der Sitzung der Vollversammlung am 22.07.20 über den aktuellen Stand berichtet.

Die folgende Grafik zeigt eine mögliche finanzielle Entlastung ausgehend von einem Defizit von 825 Mio. €. Unter Berücksichtigung der oben dargestellten KdU und einer geschätzten Gewerbesteuerersatzleistung in Höhe von 600 Mio. € ergibt sich unter Be-

rücksichtigung der Gewerbesteuerumlage (+43 Mio. €) eine Verbesserung um knapp 629 Mio. €. Beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt sich somit ein nun prognostiziertes Defizit in Höhe von 196 Mio. €.



Weitergehende Konkretisierungen der Darstellungen im Rahmen der o. g. Beschlussvorlage vom 17.06.20 können zum jetzigen Zeitpunkt mangels neuer Erkenntnisse nicht getätigt werden.

Die Stadtkämmerei möchte dennoch auf die Punkte 21 und 22 des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets zur Finanzierung der Einnahmeausfälle beim Öffentlichen Personennahverkehr eingehen. Die MVG rechnet aufgrund der Corona-Pandemie mit Einnahmehausfällen im dreistelligen Millionenbereich. Ob hier eine vollständige oder anteilige Erstattung erfolgt und in welcher Höhe letztere ausfällt kann nach wie vor nicht prognostiziert werden. Unabhängig davon hat dies jedoch keine Auswirkungen auf den Haushalt 2020, da eine mögliche Gewinnabführungen der SWM erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresergebnisses zum Tragen kommt. Die Auswirkungen für den Hoheitshaushalt werden somit erst im Haushalt 2021 spürbar.

2. Haushaltssicherung 2020

Um die oben dargestellte finanzielle Situation zu verbessern und erste Gegensteuerungsmaßnahmen zu treffen, wurde in der VV am 13.05.20 (Sitzungsvorlage Nr. 20 – 26/V 00225) sowohl die Besetzung von lediglich 20 % der noch offenen Stellenschaltungen aus den Eckdatenbeschlüssen 2019 und 2020 sowie auch eine Beschränkung der Auszahlungsansätze beschlossen. Erst im Nachgang wurde von der Bundesregierung das Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket und das Zukunftspaket beschlossen.

Die Einsparungen, die sich durch die Umsetzung des HSP 2020 ergeben, tragen dazu bei, dass ein Großteil der bisherigen zusätzlichen coronabedingten Mehraufwendungen kompensiert werden können. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass die obigen Zahlen lediglich einen vorläufigen Zwischenstand darstellen, der zum Teil auf Schätzungen und aktuellen Entwicklungen basiert und es im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung zu weiteren, insbesondere coronabedingten, Finanzbedarfen oder Einnahmeausfällen kommen kann.

Folgend wird auf diese Einzelmaßnahmen des Haushaltssicherheitspakets eingegangen.

2.1 Konsumtive Haushaltsbeschränkungen

2.1.1 Personal

2.1.1.1 Stellenbesetzungsstopp der noch unbesetzten Stellen aus den vergangenen Eckdatenbeschlüssen

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Beschlussvorlage für den 13.05.2020 waren von den in den Eckdatenbeschlüssen für die Jahre 2019 und 2020 zusätzlich genehmigten Stellen noch rund 900 Stellen unbesetzt. Im Haushaltsplan 2020 sind diese zusammen mit rund 31,5 Mio. Euro dotiert.

In der Sitzung der Vollversammlung am 13.05.2020 wurde beschlossen, dass die Besetzung der aus den Eckdatenbeschlüssen 2019 und 2020 resultierenden aktuell vakanten Stellenzuschaltungen (900 Stellen VZÄ) mit sofortiger Wirkung für den Haushalt 2020 ausgesetzt wird. 20% der noch vakanten Stellenzuschaltungen (180 VZÄ) werden für dringliche Bedarfe verwendet.

Die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat wurden beauftragt, diesen dringlichen Bedarf der Referate zu erfassen und dem Stadtrat spätestens im Juli zur Beschlussfassung vorzulegen.

2.1.1.2 Schwerpunktsetzung der Referate

Unmittelbar nach der Beschlussfassung vom 13.05.2020 erfolgte die Information an die Referate über den Besetzungsstopp für die der o.g. Beschlussfassung zu Grunde liegenden 897 Stellen sowie eine Aktualisierung der Daten in Zusammenarbeit mit den Referaten.

Eine Neuauswertung der Besetzungssituation zu diesem Zeitpunkt ergab jedoch, dass ein Großteil der 180 noch zur Besetzung vorgesehenen Stellen, nämlich 154,9 Stellen, in der Zwischenzeit besetzt wurde.

Die Referate wurden aufgefordert, die aus ihrer Sicht gegebenen Prioritäten für die linear verteilte 20%-Quote als Grundlage für die vom Stadtrat gewünschte Schwerpunktsetzung zu benennen.

Von den Referaten wurden insgesamt 275,2 Stellen für die vom Stadtrat gewünschte Schwerpunktsetzung angemeldet - also insgesamt fast 100 Stellen mehr, als in der Beschlussfassung vom 13.05.2020 zugestanden:

Referat	Datenbasis 29.02.2020 Beschlussvorlage (VZÄ)				Rückmeldung der Referate zu Schwerpunkt- setzung
	vakante Stellen (2019 und 2020)	davon 20%	bereits besetzt aus EDB 2018 für 2019	bereits besetzt aus EDB 2019 für 2020	
Summenzeile	897,2	180,0	31,5	123,4	275,2
Direktorium	3,9	0,8	0,0	1,3	0,8
Revisionsamt	6,5	1,3	0,0	0,0	1,3
Baureferat	113,3	22,7	5,7	12,1	22,7
Referat für Gesundheit und Umwelt	33,5	6,7	1,5	3,8	28,0
Kommunalreferat	43,0	8,6	0,0	5,5	15,0
Kreisverwaltungsreferat	180,7	36,2	10,0	45,1	37,5
Kulturreferat	39,8	8,0	0,0	26,3	22,5
Personal- und Organisationsreferat	25,0	5,0	3,5	0,0	5,0
Planungsreferat	52,9	10,7	4,0	5,0	10,7
Referat für Bildung und Sport	197,3	39,5	2,5	7,0	39,5
Sozialreferat	118,7	23,9	2,3	13,9	79,4
Stadtkämmerei	8,3	1,7	2,0	1,0	0,0*
IT-Referat	16,0	3,2	0,0	1,0	3,0
Referat für Arbeit und Wirtschaft	7,0	1,4	0,0	1,5	1,4
digital4finance	51,5	10,3	0,0	0,0	8,4

* Schwerpunktsetzung komplett bei digital4finance

Aufgrund Rundungen können sich geringfügige Abweichungen in Nachkommastellen ergeben

Die Tabellen für die einzelnen Referate, aus denen die 20%-Quote, die bereits erfolgten Besetzungen sowie die aus Referatssicht erforderlichen Schwerpunktsetzungen ersichtlich sind, sind dieser Beschlussvorlage als Anlage 1 angefügt.

2.1.1.3 Auswirkungen des Stellenbesetzungsstopps

Aufgrund des unmittelbar nach der Beschlussvorlage vom 13.05.2020 durch das Personal- und Organisationsreferats veranlassten Besetzungsstopps, hat die Stadtratsfraktion „Die LINKE. / Die PARTEI“ diverse Anträge gestellt, die Auswirkungen dieses

Vorgehens für alle Referate mit Ausnahme des Direktoriums (inkl. Revisionsamt) sowie des Kulturreferates darzustellen.

Die von den Referaten dargestellten Auswirkungen des Stellenbesetzungsstopps befinden sich in der Anlage 2. Die Ausführungen der Referate wurden inhaltlich unverändert übernommen.

2.1.1.4 Umsetzung im Nachtrag 2020

Gemäß der Beschlussfassung vom 13.05.2020 erfolgt die haushaltstechnische Umsetzung im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanung 2020. Die Planwerte der Teilhaushalte wurden in einem ersten Schritt um alle Stellen aus dem Haushaltssicherungspaket reduziert und gleichzeitig 20 % davon für die politische Schwerpunktsetzung im Zentralhaushalt reserviert. Nach erfolgter Priorisierung durch den Stadtrat erfolgt die entsprechende Umschichtung in die Teilhaushalte.

Unabhängig davon wurden bereits die vor dem Haushaltssicherungspaket gefassten Finanzierungsbeschlüsse je Teilhaushalt berücksichtigt und die zentrale Finanzierung von Nachwuchskräften in den Nachtragshaushalt mitaufgenommen, sodass sich lediglich eine Reduzierung des Planwerts gegenüber dem Stand Schlussabgleich 2020 um 15 Mio. Euro ergibt.

Die Referate haben für die Einhaltung der Planwerte Sorge zu tragen. Zeichnet sich eine Überschreitung des Planwerts nach dem Personalkostencontrolling ab, sind unverzüglich geeignete Steuerungsmaßnahmen zur Reduzierung der Personalauszahlungen einzuleiten (bspw. Wiederbesetzungsstopp, Stellenbesetzungssperre).

Um die Einhaltung der Planwerte sicherzustellen, soll das Personal- und Organisationsreferat beauftragt werden, diese zu überwachen und notfalls im Benehmen mit dem betroffenen Referat geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen, falls sich eine Überschreitung der Planwerte abzeichnen sollte.

2.1.2 Sachmittelbeschränkungen

2.1.2.1 Vorgaben und Übersicht

Gemäß dem Beschluss Sicherheitspaket Haushalt 2020 (Nr. 20-26/ V 00225) sind die disponiblen Haushaltsansätze im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit im Jahr 2020 um 6,5 % zu reduzieren. Im Nachgang zu dieser Beschlussvorlage musste das zunächst als disponibel angesehene Budget nochmals angepasst werden, da z. B. die Entwässerungsgebühren aus dem Basisbetrag zu eliminieren waren. Aus diesem Grund konnte die zunächst anvisierte Einsparsumme von 174,5 Mio. € nicht in voller Höhe erbracht werden. Die unter diesem Umstand entstandene Einsparvorgabe beträgt 148,5 Mio. €. Davon kann seitens aller Referate in Summe eine Einsparung von 145 Mio. € erbracht werden. Das Delta in Höhe von knapp 30 Mio. € kann für den

Haushalt 2020 durch Zahlungsverchiebungen der Landeshauptstadt München an die LHM Services GmbH erbracht werden.

Die folgende Übersicht zeigt die entsprechenden Einsparvorgaben und deren Umsetzung je Referat auf. Folgend wird noch auf die jeweiligen Einsparbeträge der Referate eingegangen, welche, wie beschlossen, im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung umgesetzt werden.

Teilhaushalt	Berechnung der Einsparwerte	davon 6,5%	Tatsächliche Einsparung HSP	Einsparsumme Ist zu Soll*
Direktorium	21.805.700 €	1.417.371 €	1.418.371 €	1.000 €
Baureferat	223.280.900 €	14.513.259 €	12.749.000 €	-1.764.259 €
IT-Referat	302.918.900 €	19.689.729 €	19.689.729 €	0 €
Kommunalreferat	233.561.300 €	15.181.485 €	9.727.000 €	-5.454.485 €
Kommunalreferat Zentrale Ansätze	57.683.798 €	3.749.447 €	9.203.485 €	5.454.038 €
Kreisverwaltungsreferat	57.025.700 €	3.706.671 €	3.707.000 €	329 €
Kulturreferat	166.259.400 €	10.806.861 €	10.806.000 €	-861 €
Referat für Arbeit und Wirtschaft	149.967.300 €	9.747.875 €	8.689.000 €	-1.058.875 €
Referat für Gesundheit und Umwelt	46.923.200 €	3.050.008 €	2.495.000 €	-555.008 €
Personal- und Organisationsreferat	28.612.700 €	1.859.826 €	1.860.000 €	174 €
Personal- und Organisationsref. Zen. Ansätze	2.028.646 €	131.862 €	132.000 €	138 €
Referat für Bildung und Sport	604.637.000 €	39.301.405 €	39.301.000 €	-405 €
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	26.626.300 €	1.730.710 €	1.741.000 €	10.290 €
Sozialreferat	344.626.700 €	22.400.736 €	22.400.400 €	-336 €
Stadtkämmerei	19.051.000 €	1.238.315 €	1.238.000 €	-315 €
Stadtkämmerei Zentrale Ansätze	0 €	0 €	0 €	0 €
Revisionsamt	125.000 €	8.125 €	8.000 €	-125 €
Summe	2.285.133.544,00 €	148.533.685,00 €	145.164.985,00 €	-3.368.700,00 €

* Nicht erbrachte Einsparungen werden negativ und eine Übererfüllung mit positivem Vorzeichen dargestellt

2.1.2.2 Einsparungen je Referat

Direktorium:

Die Einsparungen erfolgen über alle Deckungsbereiche. Die vorgegebene Einsparsumme wird vollständig erbracht.

Baureferat:

Dem Baureferat wurde eine Einsparvorgabe in Höhe von 14,5 Mio. € vorgegeben. Bei der Nachberechnung stellte sich heraus, dass noch zwei budgetprägende Einzelpositionen (32 Mio. € Entwässerungsgebühren und 10 Mio. € Betriebsstrom Straßenbeleuchtung) als grundsätzlich nicht disponibel anzuerkennen waren. Demnach war die Einsparvorgabe um 2,7 Mio. € zu reduzieren und wurde auf 11,8 Mio. € festgesetzt. Unter dieser Betrachtung wird die Einsparvorgabe vollständig erfüllt.

Die Einsparungen resultieren insbesondere aus Reduzierungen im Bereich Unterhalt und bei den Betriebs- und Geschäftsausgaben. Hinzu kommen Reduzierungen bei

den Zusatzaufgaben im Linienverkehr, da die Taktverstärkung bei den U-Bahnen nur zum Teil umgesetzt werden konnte.

IT-Referat:

Das IT-Referat erbringt die vorgegebene Einsparsumme in Höhe von 19,7 Mio. € vollständig. Neben Einsparungen bei Projekten (u. a. d4f und neoIT) wurden Ansatzreduzierungen bei den IT-Vorhaben und Business Services vorgenommen.

Kommunalreferat:

Das Kommunalreferat erbringt die geforderte Einsparsumme insgesamt vollständig. Während die Einsparungen im Referatsbereich nicht vollständig erbracht werden konnten, werden diese durch zusätzliche Einsparungen bei den Zentralen Ansätzen kompensiert. Die Einsparsumme setzt sich zusammen aus Ansatzreduzierungen im Bereich der Freimachungskosten sowie aus der Rückgabe von Ansätzen für Leasinggebühren der Friedenstr. 40 (ins Eigentum der LHM übergegangen) und Mieten für die Rosenheimer Str. 118 (es fallen keine Mieten während der Umbauphase an).

Kreisverwaltungsreferat:

Auch das Kreisverwaltungsreferat erbringt die vorgegebene Einsparsumme vollumfänglich. Die Ansatzreduzierungen wurden unter anderem im Bereich der Geschäftsausgaben, bei den Verbrauchsmitteln und im Bereich der Kraftfahrzeuge (durch geringere Laufleistungen fallen weniger Reparaturen und Treibstoffkosten an) vorgenommen. Ebenfalls wurden Projektbudgets an den voraussichtlichen Mittelabfluss angepasst.

Kulturreferat:

Das Kulturreferat erbringt die kalkulierte Einsparsumme ebenfalls vollständig. Die Reduzierungen wurden bei diversen Zuwendungsprojekten vorgenommen, die aufgrund von Corona nicht stattfinden können bzw. konnten (u. a. Stadtteilwochen, Theatron, AnderArt Festival). Zusätzlich fand eine Reduzierung im Bereich der Stiftungszuschüsse statt.

Referat für Arbeit und Wirtschaft:

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft erbringt die Einsparvorgabe von 9,7 Mio. € nicht vollständig. Die Einsparsumme liegt bei 8,7 Mio. €. Diese Summe setzt sich insbesondere aus Ansatzreduzierungen durch die Stornierung der Veranstaltung One Young World Summit und Einsparungen beim Zuschuss an die Internationalen Münchner Filmwochen sowie an die SWM für Integriertes Smart City Handlungsprogramm-Pro-

jekte zusammen. Es wurde nachvollziehbar dargelegt, dass aufgrund der Corona-Pandemie weitergehende Einsparungen bei den Beteiligungsgesellschaften nicht erbracht werden können, da diese aufgrund eigener Einnahmeausfälle mehr denn je auf die eingeplanten Haushaltsansätze angewiesen sind.

Referat für Gesundheit und Umwelt:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt kann die Einsparvorgabe in Höhe von 3,05 Mio. € nicht vollständig erbringen. Die Einsparsumme von 2,5 Mio. € setzt sich unter anderem aus Reduzierungen von Projektbudgets zusammen, welche aufgrund der Corona-Pandemie nicht oder nicht wie geplant durchgeführt werden konnten. Weitere Einsparungen sind laut dem Referat für Gesundheit und Umwelt aufgrund zusätzlicher Belastungen durch die Corona-Pandemie nicht möglich.

Personal- und Organisationsreferat:

Das Personal- und Organisationsreferat erfüllt sowohl die Einsparvorgaben im Kernbereich sowie auch bei den Zentralen Ansätzen vollumfänglich. Da aufgrund von Corona viele Veranstaltungen, Trennungsgelder, Lernmaterialien u. w. nicht gezahlt werden mussten/ müssen, wird hauptsächlich im Bereich Ausbildung eingespart. Im Bereich der Zentralen Ansätze werden einmalig die Mittel aus dem Beschluss „MitarbeiterInnen werben MitarbeiterInnen – Anreize für die Gewinnung neuer KollegInnen schaffen“ von 500 Tsd. € um 132 Tsd. € gekürzt.

Referat für Bildung und Sport:

Das Referat für Bildung und Sport erbringt die Einsparvorgabe von 39,3 Mio. € einerseits durch Reduzierungen im Auszahlungsbereich in Höhe von 29,0 Mio. € und durch nachweislich zusätzlich generierte Einzahlungen in Höhe von 10,3 Mio. €.

Die Reduzierungen bei den Auszahlungen setzen sich insbesondere aus Budgetanpassungen an den voraussichtlichen Mittelabfluss im Bereich Overhead und Querschnitt in Höhe von 2,2 Mio. € sowie aus Kürzungen im Bereich des Zentralen Immobilienmanagements um 15,5 Mio. € (u. a. Einsparungen bei Bauunterhalt, Strom und Heizung), bei der Sportförderung von 1,4 Mio. € (Mittel werden aufgrund Ausfall von Veranstaltungen und Kursen aufgrund von Corona nicht benötigt), bei den Schulträgeraufgaben 5,2 Mio. € und aus Einsparungen in Höhe von 4,1 Mio. € im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Anpassungen beim Verpflegungsgeld aufgrund Hochrechnung) zusammen.

Die zusätzlichen Einzahlungen, welche gleichfalls wie Reduzierungen im Auszahlungsbereich zu einer Haushaltsentspannung beitragen, können einerseits aus Förderungen aus dem DigitalPakt Schule 2019 – 2024, sowie aus dem „Sonderbudget Leihgeräte“ und der kindbezogenen Frühförderung des BayKiBig generiert werden.

Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung erbringt die vorgegebene Einsparsumme vollumfänglich. Der Gesamtbetrag von 1,7 Mio. € setzt sich zusammen aus Budgetreduzierungen bei der Stadtsanierung, Rechtsschutz und Gutachten. Auch werden Budgets für die Öffentlichkeitsarbeit nicht vollständig benötigt.

Sozialreferat:

Das Sozialreferat erbringt die Einsparvorgabe von 22,4 Mio. € ebenfalls vollständig. Es finden ebenfalls Budgetreduzierungen in allen Deckungsbereichen statt. Neben Anpassungen an den voraussichtlichen Mittelabfluss im Zuschussbereich, werden auch die Sach- und Geschäftsausgaben in etwa gleicher Höhe reduziert.

Stadtkämmerei:

Die Stadtkämmerei erfüllt die Einsparvorgaben durch Reduzierungen bei verschiedenen Projekten (u. a. Beratungsleistungen PSCD, eRechnung, d4f) sowie durch Einsparungen beim Budget für Gutachten und Beratung für das betriebswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Controlling der Städtischen Klinikum München GmbH (StKM). Bei den zentralen Ansätzen konnten keine Einsparvorgaben gemacht werden, da es sich bei den dort befindlichen Ansätzen ausschließlich um nicht disponible Sachverhalte, wie etwa die Gewerbesteuerumlage, Bezirksumlage oder Zinsen handelt.

Revisionsamt:

Auch das Revisionsamt erbringt die entsprechenden Einsparvorgaben in Höhe von 8 Tsd. € vollständig.

2.2 Investitionen

Bzgl. der Investitionen wurde die Stadtkämmerei beauftragt, einen Vorschlag zur Reduktion der Auszahlungsansätze im investiven Bereich bei den Schul- und Kitabaumaßnahmen (Bereich A) in einem 5-Jahres Zeitraum (MIP 2020 - 2024 zuzüglich 1 Jahr) um 10 % bei den in einem frühen Planungsstadium befindlichen Projekten zu erarbeiten und dem Stadtrat noch vor der Sommerpause zur Entscheidung vorzulegen.

Ebenfalls legt die Stadtkämmerei parallel zu dieser Vorlage im Rahmen des Eckdatenbeschlusses 2021 dem Stadtrat eine Aufstellung der wesentlichen, freiwilligen Investitionskosten vor und stellt den durch die erheblichen Einnahmeausfälle bedingten ma-

ximalen Finanzierungsrahmen zum aktuellen Stand dar. Vor dem Hintergrund der mittelfristigen Einnahmenszenarien werden die finanziellen Auswirkungen in die mittelfristige Finanzplanung eingearbeitet und dem Stadtrat im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2021 im Dezember vorgelegt.

Für das Jahr 2020 lassen sich die Auszahlungsansätze aufgrund der fortgeschrittenen Planungsstände nur noch in geringem Umfang reduzieren. Ebenfalls empfiehlt das Bayerischen Innenministerium den Kommunen, notwendige Investitionsmaßnahmen nicht zu stoppen².

Da die beiden oben angesprochenen Punkte in einer gewissen Abhängigkeit stehen, wird die gesamte Investitionskostenthematik im Rahmen des Eckdatenbeschlusses unter Ziffer 2.2.4 (Sitzungsvorlage Nr. 20 – 26 / V 00527) behandelt.

3. Vorschlag des Personal- und Organisationsreferates zur 20 %igen Schwerpunktsetzung

Wie bereits unter 2.1.1.2 beschrieben, wurden durch die Referate mehr als 20 % der vakanten Stellen zur Priorisierung gemeldet. Da darüber hinaus der politischen Schwerpunktsetzung nicht vorgegriffen werden soll, ist eine gerechte Verteilung der Schwerpunktsetzung nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Personal- und Organisationsreferat vor, die 20% pauschal auf die aus den Eckdatenbeschlüssen 2018 und 2019 für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 vakanten Stellen je Referat anzuwenden und die besetzten Stellen (154,9 VZÄ) abzuziehen. Die Referate, die die 20% Quote bereits überschritten haben, müssen für die „zu viel besetzten“ Stellen eine entsprechende Gegenfinanzierung bringen. Insgesamt stehen somit noch 64,2 VZÄ für die jeweiligen Referate zur Verfügung um in Absprache mit der Politik entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Eine darüber hinausgehende Schwerpunktsetzung ist nicht mehr möglich.

² Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Anlage zum Rundschreiben Nr. 097/2020 des Bayerischen Städtetags vom 07.04.2020: Hinweise zur Anwendung des kommunalen Haushaltsrechts im Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

Datenbasis 29.02.2020 Beschlussvorlage (VZA)					
Referat	vakante Stellen (2019 und 2020)	davon 20%	bereits besetzt	zu viel besetzt	Spielräume für Schwerpunkt- setzung
Summenzeile	897,2	180,0	154,9	39,1	64,2
Direktorium	3,9	0,8	1,3	0,5	0,0
Revisionsamt	6,5	1,3	0,0		1,3
Baureferat	113,3	22,7	17,8		4,9
Referat für Gesundheit und Umwelt	33,5	6,7	5,3		1,4
Kommunalreferat	43,0	8,6	5,5		3,1
Kreisverwaltungsreferat	180,7	36,2	55,1	18,9	0,0
Kulturreferat	39,8	8,0	26,3	18,3	0,0
Personal- und Organisationsreferat	25,0	5,0	3,5		1,5
Planungsreferat	52,9	10,7	9,0		1,7
Referat für Bildung und Sport	197,3	39,5	9,5		30,0
Sozialreferat	118,7	23,9	16,1		7,8
Stadtkämmerei	8,3	1,7	3,0	1,3	0,0
IT-Referat	16,0	3,2	1,0		2,2
Referat für Arbeit und Wirtschaft	7,0	1,4	1,5	0,1	0,0
digital4finance	51,5	10,3	0,0		10,3

* Schwerpunktsetzung komplett bei digital4finance

Aufgrund Rundungen können sich geringfügige Abweichungen in Nachkommastellen ergeben

In den Referatssummen (Baureferat, Kreisverwaltungsreferat, Referat für Stadtplanung und Ordnung) sind auch Stellen enthalten, die künftig dem Mobilitätsreferat zugeordnet werden. Dies wäre bei einer Schwerpunktsetzung zu berücksichtigen. In der Anlage 3 ist eine entsprechende Zusammenfassung der Stellen enthalten.

4. Ausblick

Es gilt weiter die dynamischen Entwicklungen fest im Blick zu haben. Obwohl zum jetzigen Zeitpunkt noch kein akuter Liquiditätsengpass besteht, war es bereits jetzt notwendig punktuell Kassenkredite in dreistelliger Millionenhöhe aufzunehmen. Es ist daher notwendig, von Woche zu Woche die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise neu zu bewerten, um ggf. schnell adäquate Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet es sich ab, dass sich die finanziellen Auswirkung der Corona-Pandemie nicht nur auf den Haushalt 2020 auswirken, sondern vielmehr auch in den Folgejahren (insbesondere in den Jahren 2021 und 2022) zu Einnahmeausfällen, speziell bei der Gewerbesteuer und Einkommensteuer führen wird. Ebenfalls können bereits zum jetzigen Zeitpunkt höhere Kosten, u. a. bei den Kosten

der Unterbringung prognostiziert werden. Im Ergebnis müssen daher, trotz Kreditaufnahmen, Einschnitte im Haushalt vorgenommen werden, womit Aufgaben und einhergehende Auszahlungen entsprechend priorisiert werden müssen.

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten des Personal- und Organisationsreferates, Herrn Stadtrat Progl und dem zuständigen Verwaltungsbeirat der Abteilung 3, Herrn Stadtrat Köning sowie dem Korreferenten der Stadtkämmerei, Herrn Stadtrat Dr. Roth und der zuständigen Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung 2, Frau Stadträtin Hübner ist ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet worden.

Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Eine fristgerechte Vorlage nach Nr 5.6.2 der AGAM war aufgrund des Abstimmungsweges hinsichtlich der Priorisierung sowie der Darstellung der Auswirkungen des Stellenstopps in den Referaten nicht möglich.

Die Behandlung in der heutigen Vollversammlung ist erforderlich, da eine entsprechende Vorlage bis spätestens Juli gemäß der Beschlussvorlage vom „Sicherheitspaket Haushalt 2020“ (14-02 / V 00225) dem Stadtrat vorgelegt werden sollte. Darüber hinaus ist eine Einzelbehandlung in den Fachausschüssen ohne eines umfassenden Gesamtüberblicks nicht zielführend.

II. Antrag der Referenten

1. Der Vortrag der Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag des Personal- und Organisationsreferates zu, dass die aus den Eckdatenbeschlüssen 2018 und 2019 für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 bereits besetzten Stellen zentral finanziert bleiben. Für Stellen, durch welche die 20% Quote überschritten wird, ist eine Gegenfinanzierung zu benennen. Die restlichen 64,2 VZÄ stehen für die Schwerpunktsetzung zur Verfügung.
3. Die Planwerte der Personalauszahlungen in den Teilhaushalten sind einzuhalten. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Einhaltung der Planwerte zu überwachen und im Benehmen mit dem betroffenen Referat geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen, falls sich eine Überschreitung der Planwerte abzeichnen sollte.
4. Die Anträge 20-26/ A 00059, 20-26/ A 00060 und 20-26/ A 00061 vom 25.05.2020 sowie die Anträge 20-26/ A 00079, 20-26/ A 00080, 20-26/ A 00081, 20-26/ A 00082, 20-26/ A 00083, 20-26/ A 00084, 20-26/ A 00085 und 20-26/ A 00086 vom 28.05.2020 und die Dringlichkeitsanträge 20-26/ A000130 vom 15.06.2020 und 20-26/ A000131 vom 16.06.2020 sind damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dr. Alexander Dietrich
Berufsmäßiger Stadtrat

Christoph Frey
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei 2
an das Personal- und Organisationsreferat P3
z. K.

V. Wv. POR P 3.11 /SKA HA II

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweischrift wird bestätigt.
2. An das Direktorium - BdR
An das Baureferat – BdR
An das Referat für Gesundheit und Umwelt- BdR
An das Kommunalreferat- BdR
An das Kreisverwaltungsreferat- BdR
An das Kulturreferat- BdR
An das Personal- und Organisationsreferat- BdR
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung- BdR
An das Referat für Bildung und Sport- BdR
An das Sozialreferat- BdR
An die Stadtkämmerei – BdR
An die Stadtkämmerei 2
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft- BdR
An das IT-Referat- BdR
An den Gesamtpersonalrat
An das Revisionsamt
z. K.

Am.....

Im Auftrag